



Freie und

Hansestadt

Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: 21-xxxx

Antrag öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz	10.10.23

Mobile Klima- und Energieberatung – dezentral und regelmäßig verlässlich für alle!

Antrag der Fraktion Die Linke

Die Klimakrise eskaliert. Nicht nur im globalen Süden sondern auch europaweit sind Extremwetterereignisse und die gravierenden Folgen allerorten in massiv voranschreitendem Tempo zu beobachten.

Immer mehr Menschen sind auch in Altona beunruhigt und wollen konkrete Antworten auf drängende Klimaschutz- und Energiefragen. Der Beratungsbedarf bei diesen Themenfeldern steigt folglich auch auf Bezirksebene erheblich.

Gleichzeitig läuft das Pilotprojekt einer stationären Klimazentrale in den Luruper Elbgaupassagen Ende November aus.

Damit alle interessierten Bürger:innen in Altona wohnungsnäher und regelmäßig mit Klimaberatungsangeboten versorgt werden können, ist eine mobile dezentrale Variante mit größerem Personalumfang dringend zu bevorzugen.

I. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz der Bezirksversammlung gemäß § 19 Abs. 2 BezVG zu beschließen, dass Bezirksamt aufzufordern:

Nach Abschluss des Pilotprojekts der stationären Klimazentrale in Lurup ist das Nachfolgeangebot wie folgt zu organisieren:

- 1. Es werden bei der Fachbehörde BUKEA finanzielle Mittel für die Bildung eines mobilen und dezentral arbeitenden Klimaberatungsteams eingeworben. Diesem Team wird die Aufgabe übertragen, in den Stadtteil- und Kulturzentren, Bürgerhäusern und Einkaufszentren regelmäßige verlässliche Beratungsstunden zu allen Fragen des Klimaschutzes (insbesondere auch zum Thema Energie) anzubieten. Auf ein mehrsprachiges Angebot ist zwingend zu achten. Es sind mindestens vier Beratungsstandorte, die alle wesentlichen Regionen des Bezirks Altona abdecken, vorzusehen.**

2. Es wird davon ausgegangen, dass der bisherige Personalbestand zur Aufgabenerfüllung nicht ausreicht. Daher wird das Amt gebeten, den erforderlichen Personalbedarf zu ermitteln und die ermittelten Mehrkosten bei der zuständigen Fachbehörde einzuwerben.

II. Es wird dem Bezirksamt empfohlen, dem Klimaberatungsteam die Aufgabe zu übertragen, Lehrkräfte an den Schulen, Kindertagesstätten sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen bei Erfüllung ihres pädagogischen Auftrags hinsichtlich der Vermittlung der dringenden Erfordernisse des Klimaschutzes zu unterstützen.

Petition: Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz wird um Zustimmung und Weiterleitung an die Bezirksversammlung gebeten.